

Samstag, 28. Juni 1997

Drama um Kindesmißbrauch Wagenburgen und Schaulager

24 Freisprüche für 24 Angeklagte – das Ende der Worms-Verfahren vor dem Mainzer Landgericht

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ – Manchmal im Verlauf dieser Strafprozesse, die über den Vorwurf des Kindesmißbrauchs zu entscheiden hatten, kam dem Betrachter diese Frage in den Sinn: Ist der Mensch womöglich eine Fehlleistung der Natur? Wie anders wäre zu erklären, daß es Erwachsene gibt, die Kinder schänden? Denn daß es solche Fälle gibt, bestreitet niemand.

Niemand bestreitet andererseits, daß der Vorwurf „Kindesmißbrauch“ oft auch zu Unrecht erhoben wird und als Waffe in Scheidungskriegen dient. Die sogenannten Wormser Prozesse sollten Antwort auf die Frage geben, ob es Mißbrauch in den dort angeklagten Fällen gegeben hat, und ob die beschuldigten Erwachsenen Täter waren.

Es ist oft davon die Rede, daß Richter „die Wahrheit“ herausfinden sollen, um Rechtsfrieden zu schaffen. Diese Vorstellung ist ein wenig naiv, denn „die“ Wahrheit herauszufinden, kann oft nicht gelingen. Zu oft steht bis zum Schluß Aussage gegen Aussage, sind Beweise nicht eindeutig. Die Justiz behilft sich dann mit dem Begriff der „prozessualen Wahrheit“. Das bedeutet, daß die Richter zu einer Überzeugung gekommen sind. Dabei ist gottlob der Grundsatz, daß der Angeklagte freizusprechen ist, wenn Zweifel an seiner Schuld bestehen.

Am vorläufigen Ende der Wormser Prozesse stehen, nach mehr als zweijähriger Verhandlungsdauer, 24 Freisprüche für 24 Angeklagte, 13 Männer und elf Frauen. Die Staatsanwaltschaft hat Revision angekündigt. Eine ältere Frau, ebenfalls angeklagt, verstarb im Januar 1995 in ihrer U-Haft-Zelle. Die – auch von Richtern – meistgebrauchten Begriffe im Zusammenhang mit diesen Prozessen sind „Drama“ und „Katastrophe“. Das trifft den Kern. Von Rechtsfrieden kann keine Rede sein.

Extrem polarisiert

Die Wormser Fälle haben in extremer Weise polarisiert. Es haben sich Lager gebildet. Freigesprochene Angeklagte und ihre Verteidiger, unterstützt von Interessengruppen wie „Skifas“ – Vereinigung zum Schutz

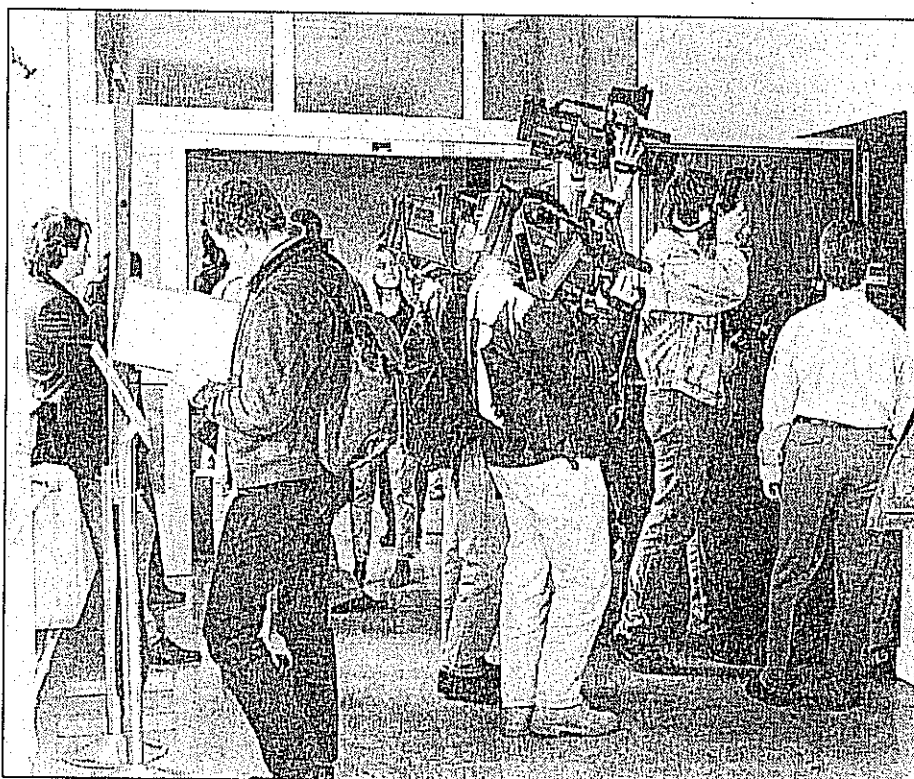
zeß. Den „Worms eins“-Angeklagten warf die Staatsanwaltschaft vor, überwiegend gemeinsam mit den 13 „Worms zwei“-Beschuldigten 1993 mindestens 13 eigene und verwandte Kinder in nahezu einhundert Fällen geschändet und zur Herstellung von Pornofilmen mißbraucht zu haben. Dies sei in Privatwohnungen und in einer Gaststätte geschehen, deren Wirt im Verfahren „Worms drei“ angeklagt war. Es sind allerdings nie Filme aufgetaucht, die diesen Vorwurf erhärtet hätten.

Am 20. Dezember 1996, nach 112 Verhandlungstagen, erklärte der Vorsitzende Jens Beutel im „Worms eins“-Urteil, die Kammer habe keinerlei Zweifel, daß die Mehrzahl der Kinder sexuellen Mißbrauch und andere Gewalt erlebte, daß sie aufs schwerste geschädigt seien und Schutz brauchten. Einzelne konkrete Taten seien den „Worms eins“-Ange-

„Worms zwei“ – Richter Lorenz. Beutel sagt: die Mehrzahl dieser Kinder ist zweifellos mißbraucht worden, aber Taten sind den Angeklagten nicht zuzuordnen. Lorenz sagt lediglich: Es ist nicht auszuschließen, daß es bei diesen Kindern Mißbrauch gab, und zuzuordnen ist er den „Worms zwei“-Angeklagten schon gar nicht. Keine Divergenz im Ergebnis Freispruch, aber erhebliche Divergenz in der Nuancierung und vor allem in der psychologischen Auswirkung.

Und so gibt es die prozessuale Wahrheit, aber Elend beseitigen kann sie nicht. Der Richter Lorenz hat sich im „Worms zwei“-Urteil bei den dort Angeklagten entschuldigt und darauf hingewiesen, daß für sie ein langer Leidensweg, teilweise mit zweieinhalbjähriger Untersuchungshaft, zu Ende gehe. Dasjenige Lager, das die Vorwürfe samt und sonders als Phantasieprodukt bezeichnet, greift nun in

gert: M
Worms
„Wildw
beschä
kennt. E
stellt F
tan?“ o
läßt die
rekten
dern E
Kind un
In solch
der, de
Schwie
Staatsa
tet, bes
henwei
ins Hei
Die
Fischl
eine An
entsche
Kinder
Beide S



Heftiges Interesse von Medien und Öffentlichkeit: Fluch oder Segen für die Wormser Prozesse

geklagte und Verteidiger, unterstützt von Interessengruppen wie „Skifas“ – „Vereinigung zum Schutz vor Mißbrauchsverdächtigungen“ – sehen eine „kriminelle Vereinigung“ am Werk, wie Skifas-Sprecher Horst Schmeil dieser Tage erklärte: die Mainzer Staatsanwaltschaft habe gemeinsam mit Ute P., ehemalige Mitarbeiterin der Wormser Kinderschuttschutzorganisation „Wildwasser“, durch haltlose Mißbrauchsvorwürfe Eltern ihre Kinder geraubt und damit Existenzen zerstört. Die Mainzer Staatsanwaltschaft hat in ihren Plädoyers bis zu 15 Jahre Haft gefordert und darauf beharrt, die Angeklagten seien – bis auf zwei Ausnahmen – überführt. Weite Teile von Volkes Stimme erklären es als „skandalös“, daß die Angeklagten freigesprochen wurden.

Bisweilen vermittelt sich der Eindruck, als habe sich jedes der Lager in eine Wagenburg zurückgezogen, mit Schaum vor dem Mund und einem Messer in der Hand. Und jede Gruppe in ihrer Wagenburg schwört, daß sie, und nur sie, für das Kindeswohl kämpfe. Und die Kinder sitzen, bildlich gesprochen, zwischen diesen Festungen.

Zwei Kinder waren schon im Verlauf der Prozesse nach Hause zurückgekehrt, nachdem der Verdacht gegen ihre Eltern entkräftet war. Die anderen sind überwiegend in Heimen oder bei nicht-angeklagten Elternteilen untergebracht. Daran wird sich auch jetzt, nach den Freisprüchen, zunächst nichts ändern. Das Wormser Jugendamt, Vormund dieser Kinder, erklärt, man sehe zumindest vorläufig keinen Anlaß, Kinder zurückzugeben. Trotz der Freisprüche stehe fest, daß es Mißbrauch – begangen von wem auch immer – gegeben habe, daß die Kinder also in ihrem häuslichen Umfeld nicht geschützt gewesen seien. Vormundschafts- und Familienrichter werden letztlich zu entscheiden haben, ob die Kinder in die Familien, zu den freigesprochenen Eltern, zurückkehren. Alleinige Entscheidungsmaxime dabei ist das Kindeswohl. Um herauszufinden, wie es darum bestellt ist, werden die Vormundschafts- und Familienrichter auch die Kinder selbst befragen:

„Keine Zweifel“

Es gab drei Gruppen von Angeklagten – drei Familien samt Umfeld. Es gab, aus organisatorischen Gründen, drei Prozesse, „Worms eins“, „Worms zwei“ und „Worms drei“. Es gab zwei Gerichtskammern. Eine verhandelte gegen die sechs Angeklagten von „Worms eins“ ab November 1994 zunächst unter dem Vorsitz von Richter Ernst Härter. Nachdem Härter im Januar 1995 wegen Krankheit aus-

Heftiges Interesse von Medien und Öffentlichkeit Segen für die Worms-Prozesse

klagten allerdings nicht mit der erforderlichen Sicherheit zuzuordnen. Die „Worms eins“-Angeklagten mußten aber damit leben, daß der Verdacht gegen sie fortbestehe.

Ein Freispruch dritter Klasse, unter schwersten Bedenken der Kammer, ob nicht doch der eine oder andere Tatvorwurf bestimmten Angeklagten zugeordnet werden müsse. Beutel hatte damit ein klares Wort zu der Verteidiger-Behauptung gesprochen, die Mißbrauchsvorwürfe seien allesamt ein „horrorvisionäres Phantasieprodukt“.

„Worms eins“ und „Worms zwei“ waren inhaltlich stark verflochten: zwei Familienclans, die nach der Scheidung zweier ihrer Mitglieder um Sorge- und Besuchsrecht kämpften, sich schließlich gegenseitig des Kindesmißbrauchs bezichtigten. Die Beschuldigten aus „Worms drei“ hatte mit den beiden anderen Gruppen weder verwandtschaftliche noch sonstige Bindungen und gerieten erst in den Verfahrenskomplex, als eine Gaststätte als mutmaßlicher Tatort in Verdacht geriet. Am 23. Januar 97, nach 83 Verhandlungstagen, sprach die Kammer des Richters Hans E. Lorenz die „Worms drei“-Angeklagten wegen erwiesener Unschuld, zumindest wegen schwerer Zweifel an der Schuld frei und stellte fest, jene Gaststätte könne niemals Tatort gewesen sein. Ein klarer Freispruch.

Unterschiedliche Urteile

Am 17. März 97 sprach die Lorenz-Kammer vorab zwei Angeklagte aus „Worms zwei“ wegen erwiesener Unschuld frei, am 17. Juni, nach 132 Verhandlungstagen, die anderen elf. Letzteres Urteil erging wegen erwiesener Unschuld in der überwiegenden Anzahl der Fälle, „weil das, was angeklagt war, objektiv nicht so gewesen sein kann“, so Lorenz. Es sei „nicht auszuschließen, daß einige Kinder Opfer eines Mißbrauchs wurden, aber der Nachweis ist nicht zu führen.“ Erwiesen sei der sexuelle Mißbrauch bei einem Kind, das allerdings nichts mit dem Verfahren zu tun habe. Bei weiteren sechs Kindern gebe es „Hinweise“ aber keine Beweise, bei sieben weiteren Kindern „nicht einmal ernstzunehmende Hinweise“, so Lorenz. Ein klarer Freispruch.

Und somit ergab sich nach diesem 17. Juni die denkwürdige Lage, daß zwei verschiedene Gerichtskammern ein und denselben Gesichtspunkt unterschiedlich beurteilten. Mindestens sechs Kinder waren nämlich laut Anklage Mißbrauchsoffer sowohl im Geschehen „Worms eins“ – Richter Beutel – als auch im Geschehen

erschreckender Plattheit den seinerzeitigen Richter Jens Beutel an, weil er „nur“ aus Mangel an Beweisen freisprach. Beutel bewarb sich 1996 um das Amt des Mainzer Oberbürgermeisters und siegte in der Stichwahl am 1. Dezember, knapp drei Wochen vor seinem Urteilsspruch im Prozeß „Worms eins“. Im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vom 23. Juni 97 ist zu lesen: „Beutel kandidierte bei der Oberbürgermeisterwahl für die SPD, erreichte nur Platz zwei, gewann jedoch im zweiten Durchgang, nachdem die Grünen, die auf der Seite aller Mißbrauchsbekämpfer standen, seine Wahl empfohlen hatten.“

„Ungeheuerlicher Rufmord“

An Beutels Honorigkeit zu zweifeln, müßte selbst ärgsten politischen Widersachern absurd vorkommen. Der Mainzer Oberbürgermeister nennt die „Spiegel“-Darstellung heute einen „ungeheuerlichen Rufmord“ und „unterste Schublade“. Über die grundsätzliche Frage, ob sich ein amtierender Richter um ein hohes politisches Amt bewerben solle, könne man zwar diskutieren. Solange sich jedoch die Gefahr eines inneren Konfliktes, etwa bei Strafprozessen gegen Rechtsradikale, nicht ergebe, fände er es „heuchlerisch und verlogen“, wenn Richter auf politische Betätigung verzichteten, nur um jedem – noch so unberechtigten – Vorwurf der Parteilichkeit aus dem Weg zu gehen.

Die „Worms zwei“-Freisprüche ergingen überwiegend wegen erwiesener Unschuld, aber es war ein Verteidiger dieses Verfahrens, der Heilbronner Norbert Wingerter, der in seinem Plädoyer folgende Überlegung anstellte: „Falls hier Schuldige zu Unrecht freigesprochen werden, so wäre auch dies die Schuld der Staatsanwaltschaft und der ehemaligen Wildwasser-Mitarbeiterin Ute P., weil sie Beweise verschüttet haben.“

Die Schuldfrage... Wer ist schuld am Drama, an der Katastrophe, die „Worms-Prozesse“ heißt? Lorenz sprach von einer „verhängnisvollen Verkettung unglücklicher Umstände“. Niemandem sei der Vorwurf der Böswilligkeit zu machen, allenfalls der Fahrlässigkeit. Der Gang der Dinge, die Verkettung, lief in allen drei Worms-Verfahren nach fast identischem Muster ab. Kinder werden von Elternteilen, die Hinweise auf Mißbrauch sehen – oder aus Gründen von Scheidungskrieg sehen wollen? – zum Wormser Kinderarzt Dr. V. gebracht. Der untersucht. Wenn ein Kind sich weigert, untersucht zu werden, versucht Dr. V., das Kind zu überreden. V. erhebt körperliche Befunde und fol-

der Hauptverhandlung

Dem Richter Beutel Fundament nicht trum Taten bestimmte zuzuordnen; aber es ist genug, um zu sagen brauch gegeben. Für Lorenz ist das Säulen-F überhaupt nicht trag nur insoweit, zu sagen auszuschließen, daß es Prozessuale Wahrheit

Lorenz und Beutel man könne sich kaum vere Vorgehensweise P. vorstellen. Psychos verständige erklärten gehend übereinstimmend zweifelhaft, ob die I



Einblicke: die Richter. Im Vordergrund

schilderten Mißbrauch lebten; sie hätten nicht Dinge „erfunden“, sondern „suggestiven Leiden“, dessen Ende sie w Namen angeblicher ten, darunter Bäcker Frauenarzt, Kinderne Staatsanwältin. sprachen von „implantieren“, davon, daß K worden seien von der tung fragender Erwa der Existenz des M zeugt waren.

Die medizinische zumindest in der „Worms zwei“-Urteil

Mißbrauchs-Prozesse: Schaum vor dem Mund

Landgericht / Rechtsfrieden aber gibt es nicht: Feindselig stehen sich Lager gegenüber

gert: Mißbrauch. Er verweist an die Wormser Kinderschutzzorganisation „Wildwasser“, an die seinerzeit dort beschäftigte Ute P., die er persönlich kennt. Sie „arbeitet“ mit den Kindern, stellt Fragen wie „Wer hat dir wehgetan?“, oder „Wer war noch dabei?“ Sie läßt die Kinder mit anatomisch korrekten Puppen spielen, geht mit Kindern Eis essen, kriecht mit einem Kind unter eine Decke zum Erzählen. In solchen Sitzungen bekunden Kinder, der oder der habe ihnen den Schniedel da und dahin gesteckt. Die Staatsanwaltschaft wird eingeschaltet, beschuldigte Eltern werden reihenweise verhaftet, Kinder kommen ins Heim. Eine Lawine.

Die Staatsanwältinnen Martina Fischl und Heike Finke formulieren eine Anklage, die sich auf zwei Säulen entscheidend stützt: die Angaben der Kinder und medizinische Befunde. Beide Säulen erweisen sich im Laufe

halb, weil der Kinderarzt Dr. V. in den Augen der Lorenz-Kammer regelrecht „verbrannte“. V. war deshalb so entscheidend, weil der Mainzer Gerichtsmediziner Professor Reinhard Urban die Kinder, um sie zu schonen, nicht mehr untersuchte und somit lediglich die schriftlich niedergelegten Befunde des V. begutachten konnte. Im „Worms zwei“-Urteil formulierte Lorenz in fast unerbittlicher Schärfe. Die Kammer habe den Verdacht, daß Dr. V. in „missionarischem Über-eifer“ befangen war und daß seine Mißbrauchsbefunde 1993 „stark von Informationen über die Verhaftung von Angeklagten geprägt war“. Zu deutsch: V. habe zu den Verhaftungen womöglich „passende“ Mißbrauchsbefunde geliefert.

Ute P. und Dr. V. also die Schuldigen, auch wenn der Richter Lorenz niemandem den Vorwurf der Böswilligkeit machen will? P. und V. und – nicht zuletzt und ganz entscheidend – die Mainzer Staatsanwaltschaft, die sich, wie Lorenz scharf tadelte, die Ermittlungen unzulässigerweise aus der Hand nehmen ließ und der P. ganz das Feld überließ? Lorenz hat auch Selbstkritik geübt: „Ich als Staatsanwalt hätte damals vielleicht auch nicht anders gehandelt.“ Und: „Wir, das Gericht, haben diese Anklage damals zugelassen, und wir haben länger als ein Jahr gebraucht, um alle Verästelungen zu durchschauen.“

Magisches Dreieck

Legt man jedoch beides auf die Waagschale, das, was der Richter Lorenz zugunsten und zulasten des magischen Dreiecks Staatsanwaltschaft/Dr. V./Ute P. ins Feld führte, dann heißt das Fazit: Jene drei haben das getan, was sie für ihre Pflicht hielten, haben das Beste gewollt und Schlimmstes bewirkt, haben dafür „gesorgt“, daß die Wahrheit verschüttet ist, daß nur die „prozessuale Wahrheit“ bleibt: zwei Urteile, Beutel und Lorenz, die keinen Rechtsfrieden stiften können, weil sie unterschiedliche Antworten geben auf die Fragen, ob es Mißbrauch gab und in welcher psychologischen Situation freigesprochene Angeklagte und Kinder, die über Mißbrauch berichtet hatten, in Zukunft leben können.

terschied wie zwischen den Sätzen: „Wir haben keinen Zweifel, daß der Spiegel vorsätzlich falsch zitiert“, und „Wir haben keinen Verdacht, daß der Spiegel vorsätzlich falsch zitiert.“

Nicht Vorsatz, sondern missionarischen Übereifer, Schaum vor dem Mund, hatte Richter Lorenz dem Arzt Dr. V. vorgeworfen. „Lorenz hat Unrecht“, sagt V. heute, und: „Der Vorwurf verletzt mich tief.“ Der Richter solle doch nicht denken, daß ein Arzt „was findet, wenn er nur was finden will“. Er wisse schon, sagt V., daß „jemand mit schräger Emotionalität in der Lage ist, die Wirklichkeit durcheinander zu bringen, aber ich weiß, wie ich das für mich verhindere, und ich habe oft genug nachgewiesen, daß ich es verhindert habe.“ Nach den Urteilen seien schon Reaktionen gekommen wie: „Zu Ihnen kommen wir nicht mehr.“ Es habe aber auch andere gegeben, „die sagten: Doktor, bewahren Sie sich Ihre Klarheit.“ Auf Mißbrauchsanzeichen untersuche er Kinder heute nicht mehr, wenn sie fremd, ohne schon früher in seiner Praxis gewesen zu sein, „von außen gebracht werden“.

„Ich würde es heute wieder so tun“, sagt Ute P. Der Richter Lorenz hatte, zu Recht, vor ideologischem Feminismus gewarnt und erklärt, Kinderschutzdienste dürften keine Aufdeckungsarbeit leisten, dürften nicht, wie P., Namenslisten angeblicher Täter bei Kindern abfragen. Da sieht Ute P. ein verheerendes Mißverständnis. „Ich habe immer betont, daß meine Arbeit keine Ermittlungsarbeit war, sondern daß es darum ging, Not-signale von Kindern aufzunehmen.“ Und vor diesem Hintergrund seien Fragen wie „Wer hat dir wehgetan, wer war noch dabei?“ keine Todsünde, sondern legitim. Keineswegs habe für sie von vornherein festgestanden, daß Mißbrauch vorgelegen habe. „In bezug auf die Not der Kinder, die ich damals betreute, habe ich mich nicht geirrt“, sagt Ute P.

Jeder spielt seine Rolle

Der Leitende Oberstaatsanwalt Klaus Puderbach sagt, er sei „ein Seiteneinsteiger“, was die Worms-Verfahren angeht. Puderbach ist Amtsnachfolger des im April 97 ver-



die Worms-Prozesse?

der Hauptverhandlungen als brüchig.

Dem Richter Beutel ist das Säulen-Fundament nicht tragfähig genug, um Taten bestimmten Angeklagten zuzuordnen; aber es ist ihm tragfähig genug, um zu sagen: Es hat Mißbrauch gegeben. Für den Richter Lorenz ist das Säulen-Fundament fast überhaupt nicht tragfähig, nämlich nur insoweit, zu sagen: Es ist nicht auszuschließen, daß es Mißbrauch gab. Prozessuale Wahrheit.

Lorenz und Beutel haben erklärt, man könne sich kaum eine suggestivere Vorgehensweise als die der Ute P. vorstellen. Psychologische Sachverständige erklärten – letztlich weitgehend übereinstimmend –, es sei zweifelhaft, ob die Kinder den ge-

die über Mißbrauch berichtet hatten, in Zukunft leben können.

Die Zukunft wird davon geprägt sein, welche Lehren aus der Katastrophe dieser Prozesse gezogen werden, ob sich die Lager weiter feindlich gegenüberstehen, oder ob Selbsterkenntnisse Raum greifen und die Wagenburgen aufgelockert werden. Der Vorsitzende Lorenz sprach von „Kampfhandlungen“, die sich länger als zwei Jahren im Gerichtssaal abspielten, zunächst zwischen Verteidigern und Gericht, später, als sich Freisprüche abzeichneten, zwischen Gericht und Anklägern. Da flogen allerhand Beschimpfungen hin und her, und einmal verließen die Staatsanwälte Heike Finke und Dieter Bracht wütend den Saal. Ein Eklat, wie nicht nur Verteidiger meinten.

Für die Zukunft wird wichtig sein,

Verfahren, angeht. Puderbach ist Amtsnachfolger des im April 97 verstorbenen Mainzer Chefanklägers Hans Seeliger. Im Gespräch mit Puderbach entsteht der Eindruck, daß es Seiteneinsteiger vielleicht einfacher haben, Wagenburgen aufzulockern. Obwohl: „Meine Leute sind weiter überzeugt, daß die hohen Strafen, die sie gefordert haben, gerechtfertigt wären.“ Man müsse respektieren, daß im Justizsystem jeder seine Rolle zu spielen habe.

Rolle spielen: gut. Die Frage ist: wie? „Vielleicht“, sagt Puderbach, „hätte ich die Ermittlungen anders geführt.“ Längeres Schweigen. „Vielleicht aber auch nicht.“

Es gab in diesen langen, bedrückenden Prozessen nur ganz wenige Fragen, die einfach zu beantworten waren. Etwa die in der Öffentlichkeit merkwürdigerweise hochgekochte nach den Kosten. Nach zuverlässigen Hochrechnungen des Mainzer Justizministeriums werden sie sich, alles in allem, auf vier bis fünf Millionen Mark belaufen. Ein durchaus günstiger Preis für eine derart umfangreiche Suche nach Wahrheit. Für jeden Tag zu Unrecht erlittener Untersuchungshaft stehen Freigesprochenen 20 Mark zu.

Die Video-Vernehmung

Mit einem klaren „Ja“ ist die Frage zu beantworten, ob die in zwei Worms-Prozessen von der Lorenz-Kammer erstmals angewandte Videomethode Zukunft hat: Vernehmung kindlicher Zeugen nicht im Gerichtssaal, sondern, alleine mit dem Vorsitzenden Richter, in einem separaten Raum mit Direktübertragung in den Hauptverhandlungssaal.

Richter Lorenz hat betont, alle Maßnahmen in den Prozessen dienten dem Kinderschutz. Auch wenn sich nach den Freisprüchen „wehleidiges Selbstmitleid, Frust und Abwehr“ bei Jugendämtern und Kinderschutzdiensten breitmachten, so dürften sich jene dennoch nicht von der Strafjustiz abkapseln. Wohl wahr. Aber alle werden genauer hinschauen müssen in Zukunft, damit die Wahrheit nicht verschüttet wird.

Die Nebenklägerin Claudia Burgsmüller hat in ihrem Plädoyer eindrucksvoll die Belastungen geschildert, denen Kinder im Zusammenhang mit solchen Prozessen ausgesetzt sind: die Zerrissenheit, sich einerseits hingezogen zu fühlen zu den Eltern, andererseits das Gefühl – „implantiert“ oder nicht – die Eltern seien Monster.

Ein Psychologe in den Worms-Prozessen hat es so erklärt: „Das sind Kinder, die seit Anbeginn ihres Lebens und auch jetzt noch auf der Suche nach Geborgenheit sind.“



Einblicke: die Richter Hans E. Lorenz (rechts) und Klaus-Jürgen Schneiders. Im Vordergrund eine Schöffin. Bilder: Klaus Benz

schilderten Mißbrauch tatsächlich erlebten; sie hätten nicht „gelogen“ oder Dinge „erfunden“, sie hätten einen „suggestiven Leidensweg“ erlebt, an dessen Ende sie wie am Fließband Namen angeblicher Täter produzierten, darunter Bäcker, Metzger, ein Frauenarzt, Kindergärtnerinnen, eine Staatsanwältin. Die Psychologen sprachen von „implantierten Elementen“, davon, daß Kinder beeinflusst worden seien von der Erwartungshaltung fragender Erwachsener, die von der Existenz des Mißbrauchs überzeugt waren.

Die medizinische Säule zerbrach, zumindest in der Sichtweise des „Worms zwei“-Urteils, vor allem des-

ob Kampfhandlungen weitergehen, außerhalb des Gerichtssaals, Kampfhandlungen gerichtet womöglich gegen diejenigen, die vom Gericht als wesentliche Verursacher der Katastrophe gekennzeichnet wurden. „Die Kammer hat keine Zweifel, daß Dr. V. vorsätzlich falsche Gesundheitszeugnisse ausstellte.“ So zitierte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am 23. Juni die „Worms zwei“-Urteilsbegründung des Richters Lorenz. Das Zitat ist falsch. Tatsächlich sagte Lorenz, wie er heute bestätigt: „Die Kammer hat keinen Verdacht, daß Dr. V. vorsätzlich falsche Gesundheitszeugnisse ausstellte.“ Das ist schon ein Unterschied. Etwa ein Un-